

Die Fragen stellte Ute Feldmann vom Verband deutscher Unternehmerinnen

Ute Feldmann:

Frau Bundeskanzlerin, am kommenden Dienstag sind Sie beim Tag der Deutschen Industrie. Was sagen Sie den Industrievertretern angesichts der Tatsache, dass die Wachstumsaussichten offenbar schlechter werden?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich werde natürlich erst einmal darüber berichten, was die Bundesregierung tut: unsere zentralen Projekte wie die Energiewende zum Beispiel, die Forschungsstrategie, die sogenannte neue Hightech-Strategie, und andere Vorhaben; die Digitale Agenda zum Beispiel. Und ich werde natürlich auch darauf eingehen, dass wir in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld agieren. Ich glaube, man muss die Dinge nicht zu schlecht sehen, aber wir müssen aufmerksam sein und deshalb alles darauf lenken, auch für die Zukunft zu denken und Investitionen anzureizen, eine solide Haushaltspolitik zu machen. Das werden die Themen sein, über die ich spreche.

Ihr Vizekanzler und Sie fordern mehr Investitionen von der deutschen Industrie. Öffentliche Investitionen reichten nicht, sagten Sie kürzlich. Wie wollen Sie die Industrie hiervon überzeugen?

Ja, es ist so: Wir haben natürlich besonders dann Wachstum, wenn auch wirklich investiert wird, zum Beispiel in alle Bereiche der Infrastruktur. Wir wissen zum Beispiel, wenn es um den Ausbau von Stromnetzen geht oder von digitalen Netzen, dass die Anleger von Kapital wollen, dass sie auch berechenbare Renditeerwartungen haben. Das heißt, es geht darum, die politischen Rahmenbedingungen zusammen mit den privaten Investoren so zu gestalten, dass wirklich privates Kapital, was ja vorhanden ist, auch in die Hand genommen wird und in die für uns notwendige Infrastruktur investiert wird. Dazu sind wir in intensiven Gesprächen, sowohl – im Bereich der Digitalen Agenda – mit den Investoren in Glasfaserkabel, zum Beispiel, wie auch der Verkehrsminister im Zusammenhang mit dem Straßen- und Autobahnbau.

Im globalen Wettbewerb gibt es Bestrebungen, Unternehmenssitze oder gewinnträchtige Unternehmensteile in Länder zu verlegen, in denen die Steuern niedriger sind. Was tun Sie dagegen?

Ja, dies ist ein sehr wesentliches Problem. Multinationale Konzerne haben sich angewöhnt, überall dort Steuern zu zahlen, wo die Steuersätze besonders niedrig sind; praktisch ihre Gewinne zu verlagern, um der Besteuerung zu entgehen. Deshalb hat die OECD hier eine Initiative gegen die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung gestartet. An dieser Initiative nehmen viele Mitgliedstaaten der G20-Gruppe und alle G7-Staaten teil. Und das ist ein sehr wichtiges Signal. Die Finanzminister werden gerade jetzt auch in Australien darüber beraten, wie man diese Initiative zum Abschluss bringen kann, und ich hoffe, dass dadurch dann internationale Ver-

pflichtungen eintreten, die verhindern, dass Gewinne einfach an Orte verlagert werden, wo man keine Steuern bezahlen muss. Das ist eine sehr, sehr wichtige Initiative, die glücklicherweise auf große Unterstützung aller großen Industrienationen trifft.

Der Abschluss eines Transatlantischen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den USA bietet vor allem kleineren Unternehmen große Vorteile, indem es den Zugang zum amerikanischen Markt vereinfacht. Dennoch wird es sehr stark angegriffen – ein Stichwort: Chlor-Hühnchen. Wie begegnen Sie Fehlinformationen oder übertriebenen Darstellungen?

Die Bundesregierung versucht, aufzuklären und hier Transparenz walten zu lassen. Der Bundeswirtschaftsminister hat zum Beispiel einen Beirat gegründet, in dem die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auch permanent darüber informiert werden, wie der Verhandlungsstand ist und wo unsere roten Linien sind. Es ist für uns ganz klar, dass wir durch ein solches Freihandelsabkommen weder den Verbraucherschutz noch den Umweltschutz einschränken wollen, aber wir müssen einfach die Chancen sehen. Die zwei größten Wirtschaftsräume, die Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäische Wirtschaftsraum, können nur voneinander gewinnen, wenn sie die ganzen Handelshemmnisse, seien es Zollschränken oder aber auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse, abbauen. Das wird Arbeitsplätze schaffen. Aber Europa wird hier eine sehr selbstbewusste Verhandlungsposition haben, es wird eben keine Chlor-Hühnchen in Europa geben, und es werden auch andere Vermutungen nicht wahr werden – und wir bemühen uns um maximale Transparenz in den Verhandlungen.

Aus Sicht der deutschen Wirtschaft hat die Bundesregierung bislang mit dem Mindestlohn und dem Rentenpaket vor allem verteilungspolitische Schwerpunkte gesetzt. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels hat auch der Verband deutscher Unternehmerinnen gerade die Rente mit 63 als falsches Signal kritisiert. Müssen Arbeitgeber nun mit weiteren Regulierungen rechnen, wie Zeitungsberichte über eine geplante Anti-Stress-Verordnung nahelegen?

Ich glaube, sie müssen nicht mit weiteren Regulierungen rechnen. Ich stehe einer Anti-Stress-Verordnung sehr kritisch gegenüber. Wir haben Schwerpunkte gesetzt – und darüber haben wir ja jetzt auch schon gesprochen –, die gehen in den Bereich der Investitionen, die gehen in den Bereich eines ausgeglichenen Haushalts. Das ist die beste Zukunftsvorsorge. Wir kennen die Kritik sowohl an der Mütterrente als auch an der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, die ja auch wieder langsam aufwächst auf das Alter von 65 Jahren, und haben uns trotzdem politisch als Bundesregierung dazu entschlossen. Aber jetzt heißt es: in die Zukunft blicken und die Schwerpunkte Forschung und Investitionen in den Blick nehmen, solide Haushaltspolitik und, wo immer es möglich ist, auch Bürokratieabbau.